

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	III
Abkürzungsverzeichnis	IX
Literaturverzeichnis	XIII
 I. Einleitung	1
 II. Die Frage nach der Parteifähigkeit der OHG	4
A. Zum Sinn der Fragestellung	4
B. Parteifähigkeit kraft ausdrücklicher Anordnung?	5
C. Zur Entstehung von § 124 Abs 1 HGB	6
D. Der österreichische Meinungsstand zu Art 111 Abs 1 ADHGB	7
E. Der deutsche Meinungsstand an der Wiege und nach Inkrafttreten des HGB	11
F. Die Lehre von der „formellen Parteifähigkeit“	14
G. „Parteifähig ist, wer rechtsfähig ist“	17
H. Elemente der Parteifähigkeit	21
1. Allgemeines	21
2. Parteifähigkeit ohne Rechtsfähigkeit?	21
3. Das „Streitvermögen“ als Anknüpfungspunkt	23
4. Prozessuale Selbständigkeit, nicht Parteifähigkeit ?	25
5. Was ist heute hM?	26
a) Allgemeines	26
b) Die Lehre Henckels	27
c) Die Lehre Holzhammers	29
d) Prozessualer Meinungsstand durch „Paradigmenwechsel“ im Gesellschaftsrecht überholt?	35
6. Fazit	39
 III. Das Gesamthandstatut als Voraussetzung der Parteifähigkeit, oder: zur Parteifähigkeit der GesBR	40
A. Vermögensordnung und Parteifähigkeit	40
B. Zur Parteifähigkeit der GesBR	46
 IV. Zum prozessualen Verhältnis von Gesellschaft und Gesellschaftern: Streitgenossenschaft, Rechtskrafterstreckung und Nebenintervention	54
A. Fragestellung	54
B. Gesellschaft und Gesellschafter als Streitgenossen	54
C. Rechtskrafterstreckung und Nebenintervention	56
1. Rechtskraftgrenzen und Nebenintervention außerhalb des Anwendungsbereiches von § 129 Abs 1 HGB	56
2. § 129 Abs 1 HGB als Rechtskrafterstreckungsnorm	57
3. Der Geltungsgrund der Rechtskrafterstreckung des § 129 Abs 1 HGB: Prozessuale Repräsentation und kontrollierende Intervention	59
a) Prozessuale Repräsentation	59
b) Kontrollierende Intervention	72
c) Rechtsfolgen mißbräuchlicher Repräsentation für die Gesellschaft ..	85

4. Einzelfragen	86
a) Wiederaufnahmsklage der Gesellschafter im Gesellschaftsprozess ...	86
b) Der Gesellschafter als Prozeßgegner	89
c) Regreßansprüche und § 129 Abs 1 HGB	93
d) „Eingeschränkte Rechtskraftwirkung“? Zum Verhältnis der Streitgegenstände von Gesellschaft- und Gesellschafterprozeß	94
e) Beschränktes Anerkenntnis und Anerkenntnisurteil ohne erweiterte Rechtskraftgrenzen?	96
f) Präklusion von Gestaltungsrechten durch Leistungsurteil gegen die Gesellschaft?	99
g) Rechtskrafterstreckung zugunsten des Gesellschafters?	102
h) Rechtskrafterstreckung und wechselnder Gesellschafterbestand	107
i) Rechtskrafterstreckung bei Entscheidungen außerhalb des Zivilprozesses?	115
V. Schiedsverträge und Gerichtsstandsvereinbarungen der Gesellschaft	124
A. Schiedsverträge	124
1. Fragestellung	124
2. „Bindung“ der Gesellschafter an Schiedsverträge der Gesellschaft?	124
3. Subjektive Rechtskraftgrenzen des Schiedsspruches	134
B. Gerichtsstandsvereinbarungen der Gesellschaft	138
VI. Gesellschaft und Gesellschafter im Beweisverfahren	144
A. Zur Stellung des Gesellschafters im Beweisverfahren – Partei oder Zeuge?	144
B. Ist der Gesellschafter am Gesellschaftsprozess iS von § 281 a ZPO „beteiligt“?	153
VII. Auflösung und Konkurs der Gesellschaft im anhängigen Prozeß	157
VIII. Vollbeendigung der OHG im anhängigen Zivilprozeß	166
A. Lösungsansätze	166
1. Identität von Gesellschafter und Gesellschaft – gleichbleibendes Prozeßsubjekt	166
2. Unmöglichkeit der Vollbeendigung während des anhängigen Zivilprozesses	169
a) Passivprozesse	169
b) Aktiven und „andere“ Rechtspositionen	176
3. Prozessuale Irrelevanz der Vollbeendigung	180
4. Parteiwechsel?	187
B. Eigene Auffassung	189
1. Der Parteiwechsel im Zivilprozeß	189
2. Parteiwechsel bei Vollbeendigung im anhängigen Passivprozeß	206
a) Gesellschaftsprozess und Gesellschafterprozeß	206
b) Konsequenz: Parteiwechsel und Klageänderung	209
c) Parteiwechsel und Prozeßunterbrechung	219
d) Die übergangene Vollbeendigung im Zivilprozeß	222
IX. Exkurs: Zur Relevanz von Rechtsscheing Gesichtspunkten im Gesellschaftsprozess	224
A. Allgemeines	224
B. Gerichtliche Zuständigkeit kraft Rechtsscheins	231
1. Allgemeines	231
2. Sachliche Zuständigkeit	231
3. Örtliche und internationale Zuständigkeit	234

C. Die Anscheinsvollmacht im Prozeß	238
D. Der Scheingesellschafter im Prozeß	247
E. Die Schein(handels)gesellschaft im Prozeß	249
1. Allgemeines	249
2. Die Scheingesellschaft im Prozeß	250
3. Die Scheinhandelsgesellschaft im Prozeß	256
F. Prozessuale Konsequenzen	258
X. Umwandlung in eine GesBR/OHG durch Verlust bzw Erwerb der Vollkaufmannseigenschaft	263
A. Fragestellung	263
B. „Absinken“ der OHG zur GesBR im anhängigen Prozeß	264
1. Allgemeines	264
2. „Absinken“ zur GesBR im Aktivprozeß	268
3. „Absinken“ zur GesBR im Passivprozeß	268
4. Übergangenes und nachträgliches „Absinken“	271
5. „Absinken“ und rechtliches Gehör	275
6. „Absinken“ bei gleichzeitiger Klageführung gegen die Gesellschafter der OHG	281
C. „Aufsteigen“ der GesBR zur OHG im anhängigen Zivilprozeß	282
1. Allgemeines	282
2. „Aufsteigen“ im anhängigen Aktivprozeß	283
3. „Aufsteigen“ im Passivprozeß	284
XI. Die Anwachsung im Prozeß	289
A. Allgemeines	289
B. Anwachsung unter gleichzeitiger Vollbeendigung der OHG bei Übernahme des Gesellschaftsvermögens durch den letztverbleibenden Gesellschafter	292
XII. Übertragung des Unternehmens der OHG im Wege der Einzelrechtsnachfolge im anhängigen Prozeß	298
A. Allgemeines	298
B. Unternehmensveräußerung im Aktivprozeß der Gesellschaft	302
C. Unternehmensveräußerung im Passivprozeß der Gesellschaft	306
D. Feststellungs-, Gestaltungs- und Unterlassungsklagen	314
E. Konsequenzen für das Spaltungsrecht	316
XIII. Zur Vollstreckungssubjektivität der Gesellschaft	319
A. Allgemeines	319
B. Vollstreckbarkeit gegen den neueintretenden Gesellschafter	319
C. Einwand der Mithaftung gegen eine Exszindierungsklage des persönlich haftenden Gesellschafters in der Zwangsvollstreckung gegen die Gesellschaft	322
D. Haftverhängung gegen selbstorganschaftliche Geschäftsführer in der indirekten Exekution?	332
XIV. Objektive Grenzen der Prozeßführungsbefugnis der Gesellschaft	339
A. Fragestellung	339
B. Feststellungsklagen über verbandsrechtliche Grundlagen der OHG	341
1. Notwendige Streitgenossenschaft der Gesellschafter	341
2. Parteistellung der Gesellschaft kraft Gesellschaftsvertrag oder Gesellschafterbeschuß	350
C. Beschlußanfechtungsklagen	356
D. Weiterführenden Gedanken zum Innenprozeßrecht der OHG	360

XV. Prozeßführungsbefugnis und Rechtskraftgrenzen bei der Verfolgung von Sozialansprüchen	365
A. Einleitung	365
B. Das Rechtsschutzziel der <i>actio pro socio</i> und die subjektiven Wirkungsgrenzen des <i>iudicium pro socio</i>	368
1. Meinungsstand	368
2. Eigene Auffassung	373
a) Subjektive Rechtskraftgrenzen bei Prozeßstandschaft	373
b) Ausrichtung der subjektiven Rechtskraftgrenzen am Rechtsschutzinteresse der Beteiligten	375
C. Konsequenzen für den Prozeß über die <i>actio pro socio</i>	378
D. Ergebnis: Notwendige Konzentration der Verfolgung von Sozialansprüchen auf <i>ein</i> Verfahren	381
E. Konsequenzen für die Verfolgung von Sozialansprüchen durch die Gesellschaft	383
F. Die Verfolgung von Sozialansprüchen als Fall der prozessualen Repräsentation	385
G. Dispositionsbefugnis der Beteiligten über den Sozialanspruch im Prozeß	390
Stichwortverzeichnis	399